

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 09 86 848-48 ppbn d

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB
appelliert an die SPD, in
ihrem Umgang mit Alternativgruppen nicht Macht und
Würde staatlicher Organe
herauszukehren.

Seite 1 - 3

Helmuth Möhring MdB, Mit-
glied des Verteidigungs-
ausschusses, erläutert die
Ergebnisse der von ihm
geleiteten Projektgruppe,
"Zulagen in der Bundes-
wehr".

Seite 4 - 6

Jan Oostergetelo MdB, Mit-
glied des Agrarausschusses,
begrüßt die Vorstellungen
der Bundesregierung für
eine gerechtere Besteue-
rung der Landwirte.

Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 119

26. Juni 1979

SPD und Alternativbewegung

Nicht Macht und Würde staatlicher Organe herauskehren

Von Karsten D. Voigt MdB

Die Arbeiterbewegung entstand im 19. Jahrhundert als Folge der Industrialisierung und als Alternative zu den politisch-ökonomischen Gesellschaftsverhältnissen, unter denen sich diese Industrialisierung vollzog. Die Überzeugung, daß der fortschreitende Prozeß der Industrialisierung als Vorbedingung für Fortschritt und Demokratischen Sozialismus aber unabdingbar seien, beherrschte auch die Arbeiterbewegung. Sie glaubte an die dem Industrialisierungsprozeß innewohnenden Fortschrittmöglichkeiten und verstand sich nicht als Alternativbewegung zu diesem Prozeß. Erst in den letzten Jahren beginnen größere Teile der Arbeiterbewegung, das bisherige industrielle Entwicklungsmodell unserer Gesellschaften selber infrage zu stellen und über humanere Alternativen nachzudenken.

Die Formen, in denen die Arbeiterbewegung im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert im Wohn- und Freizeitbereich die Arbeiterkultur weitgehend getrennt und isoliert vom Bürgertum organisierte, erinnert an Strukturen der neuen "Alternativkultur" unter Jugendlichen:

Die von Heinz Juncker geleitete Arbeitsgruppe erinnert an die Tradition von Mietervereinen, Genossenschaften, Arbeitersportvereinen, Theatergruppen, Gesangsvereinen, Widerrepubliken der Falken, Falkengruppen und die in der Arbeiterwohlfahrt organisierte Sozialarbeiterbewegung. Die Arbeitsgruppe behauptet, daß "ein Rückgriff auf organisatorische Kommunikationsformen der Vergangenheit" heute jedoch "nicht mehr möglich beziehungsweise nicht mehr erfolgswirksam" sei: Diese Behauptung ist zum Teil falsch, zum Teil unverständig, weil sie die Notwendigkeit und Chance der Entwicklung neuer Kommunikationsformen im Wohn- und Freizeitbereich vergrößert.

Sie ist falsch, weil sie unterschlägt, daß der Zustrom gerade von Jugendlichen zu Sport-, Karnevals-, Gesangs- und anderen

Vereinen zur Freizeitgestaltung wächst. Ich sehe in diesem Trend weniger eine Tendenz der Jugend zur Anpassung an vorhandene Strukturen als den Ausdruck ihres wachsenden Bedürfnisses nach Kommunikation.

Dieses Bedürfnis nach Kommunikation, nach Mitmenschlichkeit und Zärtlichkeit prägte gleichermaßen auch den Arbeiterjugendtag der Falken in Berlin, den Markt der Möglichkeiten während des evangelischen Kirchentages in Nürnberg und das "Rock gegen Rechts"-Festival in Frankfurt.

Diese Treffen in Berlin, Nürnberg und Frankfurt, an denen Zehntausende von Jugendlichen teilnahmen, machten darüber hinaus deutlich, daß große Teile der Jugend nicht mehr auf staatliche Reformtätigkeit hoffen, sondern staatliche Tätigkeit eher fürchten, ihr mit Vorbehalten oder Ablehnung gegenüberstehen. Nicht vom Staat, sondern vom Ergebnis der eigenen Ideen und Tätigkeit in kleinen unbürokratischen Gruppen vor Ort erwarten sie humaneres Leben.

Dies hat bereits heute zum Entstehen einer Alternativkultur, einer Gegenkultur, geführt, in der eng untereinander und kaum mit der übrigen Gesellschaft kommuniziert wird. Die Alternativkultur findet ihren Ausdruck in:

- einer eigenen bundesweiten Tageszeitung, eigenen Wochen- und Monatszeitschriften, vielen Stadtteilzeitungen, Zeitungen von und für Frauen, zahllosen Blättern von Jugendgruppen und Jugendclubs;
- Jugendclubs, Frauencentren, alternativen Kneipen;
- Theatergruppen, Song-Gruppen, Jazz- und Rock-Orchestern;
- Wohnkommunen in der Stadt und auf dem Land, kleinen Genossenschaften zur Herstellung und zum Vertrieb alternativer Lebensmittel und handwerklicher Produkte.

In zahlreichen Schriften, Kleinanzeigen, Flugblättern kommuniziert diese Gegenkultur untereinander. Sie kommuniziert kaum mehr mit der übrigen Gesellschaft, auch kaum mit den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung Bewußseinsmäßig und organisatorisch sind mit dieser Alternativkultur bereits die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine eigene Partei der Alternativkultur gelegt. Der relative Erfolg der "Grünen" muß für die SPD, aber auch für die Gewerkschaften ein warnendes Zeichen sein.

Diese Alternativbewegung ist zu klein, um positiv parlamentarische Mehrheiten bilden zu können. Sie ist groß genug, um auf lange Zeit hinaus, eine parlamentarische Mehrheitsbildung unter Führung der SPD blockieren zu können. Die Zahl der Jugendlichen,



die der Hinweis auf eine drohende CDU/CSU-Regierung zur Stimmabgabe für die SPD zu bewegen vermag, sinkt in der Alternativbewegung, insbesondere bei Kommunal- und Landtagswahlen. Die Sozialdemokratie kann nicht mehr davon ausgehen, daß sie als "geringeres Übel" auf Dauer Wähler an sich zu binden vermag; sie muß gerade jüngere Wähler aufgrund der Überzeugungskraft ihrer Zielsetzung, ihrer politischen Praxis und der Glaubwürdigkeit ihrer Funktionäre und Mandatsträger gewinnen.

Die Alternativbewegung hat heute bereits mehr Sympathisanten als die Studentenbewegung der Endsechziger Jahre je zu erreichen vermochte. Sie ist überwiegend Jugendbewegung, ist aber auch Anzeichen für Unbehagen in anderen Teilen der Bevölkerung gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen:

- auf wachsende Planbarkeit von Mensch und Gesellschaft wird mit dem Bedürfnis nach Individualität
- auf Bürokratisierung mit dem Wunsch nach Spontanität,
- auf zunehmende Zentralisierung mit dem Slogan "small is beautyfull"
- auf zunehmende Industrialisierung mit wachsender Wertschätzung einer unzerstörten Umwelt,
- auf die Kälte technischer Vermittlerkommunikation mit dem Bedürfnis nach Zärtlichkeit
- und dem persönlichen Gespräch reagiert.

Die modernen Technologien - wie zum Beispiel die Kern- und Computertechnik sind bei großen Teilen der Jugend nicht Anlaß für Fortschrittsglauben und Hoffnung, sondern verursachen Ohnmachtsgefühle und Zukunftsangst. Sozialdemokratische Politik kann und muß diese Zukunftsangst in einer neubelebten reformerischen Perspektive auflösen. Ohnmachtsgefühle, Resignation oder kurzatmiges Aufbegehren können überwunden werden, wenn Sozialdemokraten in der Partei und Regierung mehr als bisher zielstrebig und mutig die Erforschung, Entwicklung und den Einsatz moderner Technologien sowie ihre Haltung zu Bürokratien an humanen und freiheitlichen Maßstäben messen.

Die SPD und die Gewerkschaften wären gut beraten, diese Alternativbewegung nicht lächerlich zu machen, sondern sie und die sich in ihr ausdrückenden Bedürfnisse und Wertorientierungen ernstzunehmen. Die Arbeiterbewegung kann nicht zum "Markt der Möglichkeiten" werden. Sie sollte aber Raum für all diejenigen bieten, die nach mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit streben.

Die Arbeiterbewegung, die einmal selber als Gegenkultur zur bürgerlichen Gesellschaft organisierte, muß für Impulse aus dem Bereich der Alternativbewegung offen sein. Sie muß Brücken schlagen und darf nicht Gräben vertiefen. Gerade wer die Regierungsfähigkeit der SPD erhalten will, darf gegenüber diesem kritischen Teil der Gesellschaft als Sozialdemokrat nicht die Macht und Würde staatlicher Organe herauskehren, sondern muß der SPD als sozialer und demokratischer Freiheitsbewegung neue Kraft verleihen. (-/26.6.1979/h1/ca)

+ + +



Soldaten und Zivilbedienstete warten

Bundeswehrangehörigen durch Zulagen-Verbesserung helfen!

Von Helmuth Möhring MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses und ehemaliger Vorsitzender der
"Projektgruppe Zulagen in der Bundeswehr"

Dem Verteidigungsausschuß wurde von der in der Öffentlichkeit wenig beachteten "Projektgruppe für das Zulagewesen in der Bundeswehr" ein Arbeitsergebnis vorgelegt und erreicht, daß der Ausschuß seine einstimmige Billigung gab. Was hat diese Projektgruppe nun konkret bewirkt und vielleicht bewegt?

Vorab einige Bemerkungen zum Auftrag und zur Arbeitsweise.

Im Oktober 1977 wurde sie durch den Verteidigungsausschuß berufen mit dem Auftrag, Vorschläge zur Aktualisierung bestehender Zulagen zu erarbeiten. In eineinhalb Jahren unaufälliger, aber harter Arbeit wurde der Versuch unternommen, unter Beachtung folgender Leitgedanken zu Ergebnissen zu kommen:

- Ursachen durch Organisationsverbesserungen zu beseitigen, um durch "normale" Tätigkeitsbedingungen Zulagen überflüssig zu machen.
- Wildwuchs zu beschneiden und antiquierte Zulagen zu streichen.
- Die Zulagenentwicklung transparenter zu machen, gegenwärtige Tätigkeiten gerechter zu bewerten und zu bezahlen und damit durch Verbesserung des "sozialen Friedens" den Soldaten und Zivilbeschäftigten zu helfen.
- Alle Ergebnisse auf Harmonisierbarkeit mit dem bestehenden Tarifgefüge zu überprüfen, um ein Auseinanderlaufen der öffentlichen Besoldung zu verhindern.

Neben besoldungsrechtlichen Gesichtspunkten waren dabei auch gesellschaftspolitische Auswirkungen zu beachten.

Da die Mitglieder der Projektgruppe weitgehend nicht aus dem öffentlichen Dienst kommen, sondern aus der Verteidigungspolitik, waren sie weitgehend auf Hilfen von außen angewiesen. Sie wurden hervorragend beraten und unterstützt durch:

- die Abteilung VR des Bundesminister der Verteidigung,
- den Herrn Wehrbeauftragten,
- den Bundeswehrverband,
- die Gewerkschaft ÖTV, Fachgruppe Soldaten.

Ihnen ist an dieser Stelle sehr zu danken!

Gedankt werden muß auch den vielen Einzelpetenten und Interessentengruppen, sowie den Führungsstäben, für Ihre zahlreichen Anregungen und Verbesserungsvorschläge.

Dank auch den Kollegen der Projektgruppe, die selber durch Truppenbesuche und Wehrübungen "vor Ort" herausfinden wollten, wo und wie Zulagen erforderlich sind.

Was ist nun der wesentliche Inhalt neu erarbeiteter Empfehlungen?

1. Das Problem "Ausgleich für Dienstzeitmehrbelastung" wurde wegen seiner großen strukturellen und finanziellen Bedeutung und Auswirkung abgekoppelt und dem Verteidigungsausschuß zur direkten Beratung überlassen.

2. Vorgeschlagen wird die Neueinführung einer "Allgemeinen Truppenzulage", ähnlich der Polizei- und BGS-Zulage ab 16. Dienstmonat als Stellenzulage. Dafür soll die Außendienstzulage gestrichen werden.



Hier wird jedoch der ungeheure finanzielle Aufwand von fast 300 Millionen DM pro Jahr nicht übersehen.

3. Im Marinebereich wird empfohlen:

- eine U-Boot-Zulage als neue Erschwerniszulage ab 16. Dienstmonat,
- ebenfalls in gleicher Weise eine allgemeine "Bordzulage",
- und in gleicher Weise Zulagen für Taucher, Waffentaucher, Kampfschwimmer und Minentaucher (und falls dort vorhanden, auch für das Heer).

4. Solange noch abschließende neueste flugmedizinische Gutachten fehlen, soll mit der Angleichung der Besatzungen der Panzerabwehrhubschrauber an die Stellenzulage der Strahlflugzeugführer und Kampfbeobachter die Gleichstellung der Heeresflieger mit der Luftwaffe in diesen Bereichen beginnen. Bei allen anderen Mustern soll jede Funktionssteigerung umgehend durch flexible Erhöhungen Berücksichtigung finden. Diese gerechte Angleichung hat nach Auffassung der Projektgruppe hohe gesellschaftspolitische Bedeutung und kann nicht allein nur in das vorher bestehende künstliche Verhältnis 100:80 eingebunden sein.

5. Ein ähnliches Problem gerechter Angleichung besteht bei der ELOKA-Zulage. Hier wird empfohlen, für alle in der Nachrichtengewinnung Tätigen eine gleiche Stellenzulage einzuführen.

6. Kampfmittelbeseitiger sollen sowohl untereinander als auch mit den Bombenräumkommandos gleichgestellt werden.

7. Feldjäger sollen in die Polizei-Stellenzulage eingezogen werden.

8. Flugabfertiger sollen auch in Fällen der Einzelausübung von Funktionen ihre Zulage erhalten.

9. Im Flugsicherungs-Kontrolldienst muß die Stellenzulage auf alle tatsächlichen Tätigkeiten ausgeweitet werden.

10. Im Radarführungsdienst sollen Soldaten durch eine Stellenzulage die gleiche Vergütung erhalten, wie zivile Fluglotsen im Tarifbereich.

11. Auch für Prüfer von Luftfahrgerät müssen Soldaten (einschließlich A8 und A9) an die Vergütungen des Tarifbereiches angeglichen werden.

12. Die Kompaniefeldwebel-Zulage soll auf 80 DM angehoben werden, um die Funktion herauszuheben. Die Einführung von "Ärmelstreifen" als äußerer Kennzeichnung der Dienst-



stellung auch außerhalb des Dienstes wird für alle in gleicher Funktion empfohlen.

13. Die Amtszulage für Feldwebel und Hauptfeldwebel A7 und A8 soll angehoben werden.

14. Die Erschwerniszulage für Berufssanitätsoffiziere darf auf keinen Fall weiter abgesenkt werden, weil sonst die Attraktivität der Laufbahn verloren geht.

15. Dem Innenausschuß wird empfohlen zu prüfen, ob die Lehrzulage für Beamte gestrichen werden kann, damit eine Angleichung der Soldaten vermieden wird.

Und wie sieht es mit der Realisierung dieser vorerst nur in Absichtserklärungen vorhandenen Verbesserungen aus?

Innenausschuß und (sehr wichtig!) der Haushaltsausschuß werden ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Aber auch der Finanzminister muß überzeugt werden, daß es sich hier nicht mehr nur um besoldungspolitische Kosmetik handelt, auf die man schlimmstenfalls auch verzichten kann. Sein Verständnis für die zu lösenden Probleme und seine Bereitschaft, den Verteidigungshaushalt um diese Summen aufzustocken, sind eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen dieser "Zulagen-Reform".

Wir waren und sind uns der Gefahren bewußt, die von den Signalwirkungen auf andere Bereiche und von hoch angesetzten Erwartungen in der Truppe ausgehen können. Wir wissen, daß die Machbarkeit sich vom Wünschbaren unterscheiden kann - aber nicht immer muß.

Der Verteidigungsausschuß hat daher auf unsere Empfehlung beschlossen, daß diese Vorschläge in eine Prioritätenliste gefaßt noch im Haushalt 1980 wirksam werden sollen. Ist dies nicht in jedem Einzelfall zu erreichen, ist der Bundesminister der Verteidigung aufgefordert, von sich aus darüber zu wachen, daß nicht erfüllte Forderungen 1981 und in folgende Haushalte automatisch eingestellt werden. Diese Verbesserungsvorschläge für unsere Soldaten und Zivilbeschäftigten dürfen nicht in Vergessenheit geraten, auch dann nicht, wenn zwischen den Haushaltsjahren eine Bundestagswahl mit Neubesetzung des Verteidigungsausschusses liegt.

Ich meine: Diese Vorschläge der Projektgruppe zur Verbesserung der sozialen Lage der Bundeswehr können sich sehen lassen.

(-/26.6.1979/hi/ca)

+ + +



Dreierlösung bringt mehr Steuergerechtigkeit
Größere Chancengleichheit für die Landwirtschaft

Von Jan Oostergetelo MdB

Mitglied des Agrarausschusses des Deutschen Bundestages

Als Landwirt begrüße ich die von der Bundesregierung vorgeschlagene Neuregelung der Einkommensbesteuerung der Land- und Forstwirtschaft. Damit hat die Bundesregierung einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zu mehr Gerechtigkeit in unserem Land getan. Auch der Berufsstand als Vertreter aller Landwirte müßte diese Entscheidung begrüßen, da sie einmal zu mehr Gerechtigkeit innerhalb der Landwirtschaft führt und zum anderen klar und deutlich macht, daß die Bundesregierung die Steuerpolitik auch als Mittel der Einkommenspolitik ansieht. Dies ist in Anbetracht der Einkommenssteuerregelungen in den anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft und in Anbetracht der naturgemäßen Benachteiligung der Landwirtschaft gerechtfertigt. Zumindest müßten diejenigen Landwirte zufrieden sein, die in der Vergangenheit zu Recht den bestehenden Zustand oft beklagt haben. Denn die derzeitige Durchschnittsbesteuerung ist unerträglich: In fast jedem Dorf der Bundesrepublik springt offen ins Auge, daß gleiches Einkommen nicht einmal annähernd gleiche Besteuerung bedeutet.

Außerdem kann man davon ausgehen, daß die Neuregelung auch die Billigung des Bundesverfassungsgerichtes findet, das vom niedersächsischen Finanzgericht um Entscheidung gebeten worden ist, ob die Gewinnermittlung nach Paragraph 13 a verfassungsgemäß ist. Die Feststellung einiger CDU/CSU-Politiker, daß sich das bisherige System bewährt habe, geht voll an den Tatsachen vorbei (Ungerechtigkeit, mangelnde Chancengleichheit und verfassungsrechtliche Bedenken).

Was bringt aber nun die neue Regelung? In Zukunft werden die Landwirte je nach Einkommenshöhe und Betriebsgröße nach drei unterschiedlichen Verfahren steuerlich veranlagt:

o In cirka 570.000 Betrieben bis zu einem Ausgangswert (Einheitswert der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Sonderkulturen) von 25.000 DM wird der Gewinn nach Durch-



schnittssätzen (§ 13a neu, Einkommensteuergesetz) erfaßt. Das sind Betriebe bis cirka 20 Hektar im Durchschnitt.

- o In cirka 140.000 Betrieben mit einem Umsatz über 360.000 DM oder einem Gewinn über 36.000 DM oder einem Vermögen (Wirtschaftswert = Einheitwert ohne Wohnung) über 40.000 DM wird der Gewinn durch Betriebsvermögensvergleich in der Buchführung (§ 4 Abs. 1, Einkommensteuergesetz), ermittelt.
- o Für cirka 130.000 Betriebe, die zwischen der 13a-Regelung und der Buchführungspflicht liegen, ist eine Einnahmen- Ausgaben- Überschußrechnung wie in der gewerblichen Wirtschaft bis zu einem Gewinn von 36.000 DM vorgeschrieben.

Für die Betriebe mit starker Viehhaltung (mehr als drei Großvieheinheiten je Hektar findet die Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen (§ 13a, Einkommensteuergesetz) keine Anwendung, das heißt sie fallen entweder unter die Regelung der Einnahmen- Ausgaben- Überschußrechnung oder unter die Buchführungspflicht.

Obwohl ich die vorgeschlagene Dreierregelung voll bejahe, erscheint mir im Gesetzgebungsverfahren insbesondere in einer Regelung noch eine Verbesserung notwendig zu sein. Im Extremfall könnte zum Beispiel ein 30 Hektar-Betrieb mit 90 Großvieheinheiten noch unter die Gewinnermittlung nach Paragraph 13a fallen, während ein 10 Hektar Betrieb schon mit 31 Vieheinheiten aufzeichnungspflichtig würde. Um diesem Problem beizukommen, wird zu prüfen sein, ob man nicht in Abhängigkeit von der Betriebsgröße den zulässigen Viehbesatz variabel gestaltet, das heißt in kleineren Betrieben einen höheren und in den größeren Betrieben einen niedrigeren Viehbesatz zulassen könnte. (zum Beispiel für die ersten zehn Hektar vier Vieheinheiten.)

Nicht oft genug kann man wiederholen, daß eine leistungsfähige Landwirtschaft und eine gerechte Besteuerung einander nicht ausschließen, sondern bedingen. Wer also eine leistungsfähige Landwirtschaft will und dafür von unserer Gesellschaft Verständnis fordert, kann sich seiner Verantwortung auch gegenüber unserem Gemeinwesen in dieser Frage nicht entziehen.

Deshalb hoffe ich, daß die parlamentarische Behandlung nach der Sommerpause zügig aufgenommen und das Gesetz noch vor Ende der Legislaturperiode verabschiedet wird.

(-/26.6.1979/hi/ca)

+ + +

